

20 MINUTEN-/TAMEDIA- ABSTIMMUNGSUMFRAGE



Eidgenössische Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023
Auswertung 1. Umfragewelle
Sperrfrist: 3. Mai, 6.00 Uhr

Originalfoto: Olivier Bruchez

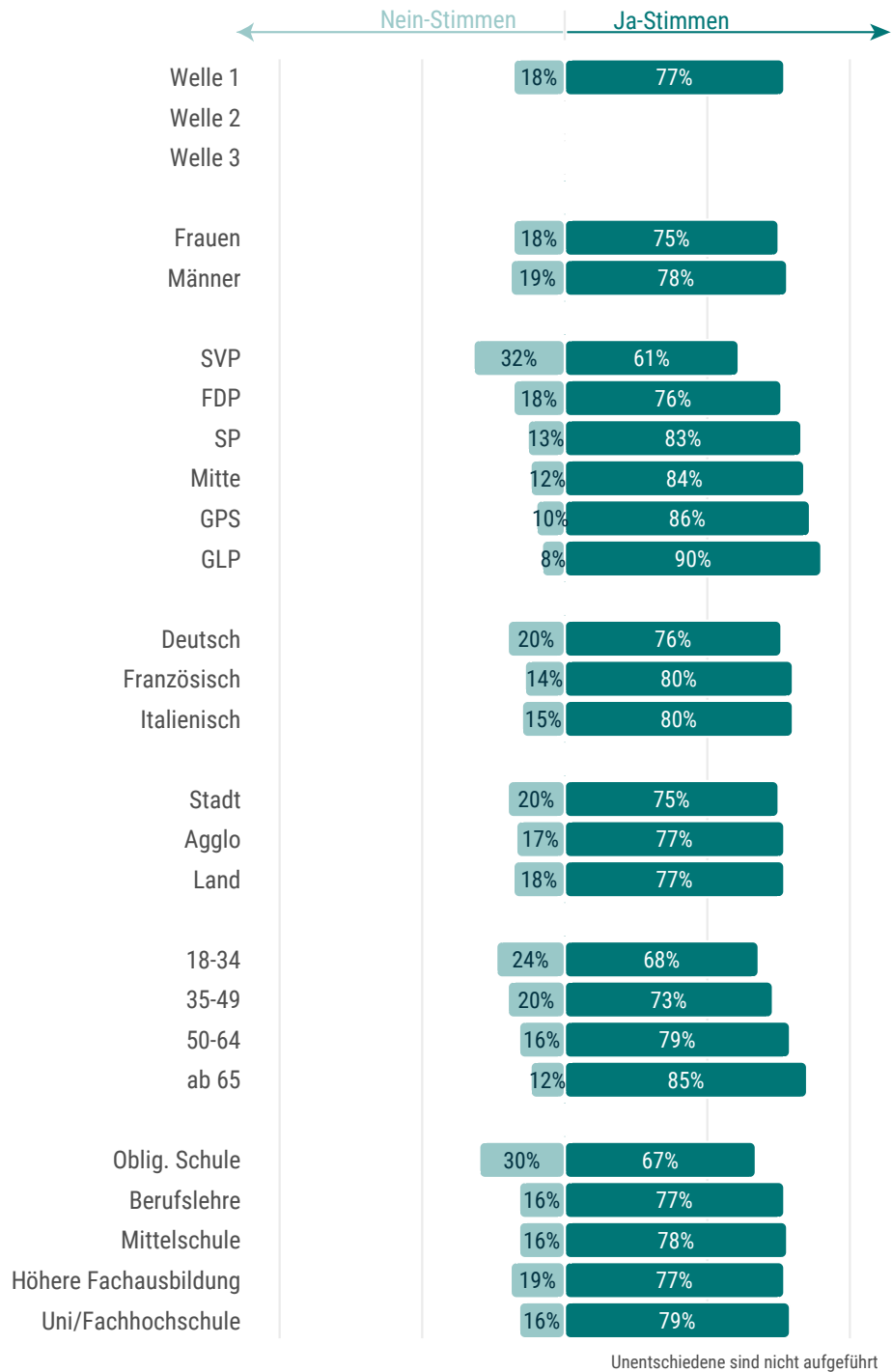
Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung der Resultate	5
1 OECD-Mindeststeuer	10
1.1 Unterstützung nach Geschlecht	11
1.2 Unterstützung nach Parteien	12
1.3 Unterstützung nach Sprachgruppen	13
1.4 Unterstützung nach Siedlungstyp	14
1.5 Unterstützung nach Alter	15
1.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss	16
1.7 Argumente	17
2 Klimaschutzgesetz	18
2.1 Unterstützung nach Geschlecht	19
2.2 Unterstützung nach Parteien	20
2.3 Unterstützung nach Sprachgruppen	21
2.4 Unterstützung nach Siedlungstyp	22
2.5 Unterstützung nach Alter	23
2.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss	24
2.7 Argumente	25
3 Verlängerung des Covid-Gesetz	26
3.1 Unterstützung nach Geschlecht	27
3.2 Unterstützung nach Parteien	28
3.3 Unterstützung nach Sprachgruppen	29
3.4 Unterstützung nach Siedlungstyp	30
3.5 Unterstützung nach Alter	31
3.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss	32
3.7 Argumente	33
4 Zusatzauswertung: Wohnungsknappheit	34
5 Technische Details	38
6 Statistische Unschärfe	38
7 Methodik der offenen <i>design</i>-basierten Umfragen	40
8 Wie genau sind Abstimmungsumfragen in der Schweiz?	41



OECD-Mindeststeuer

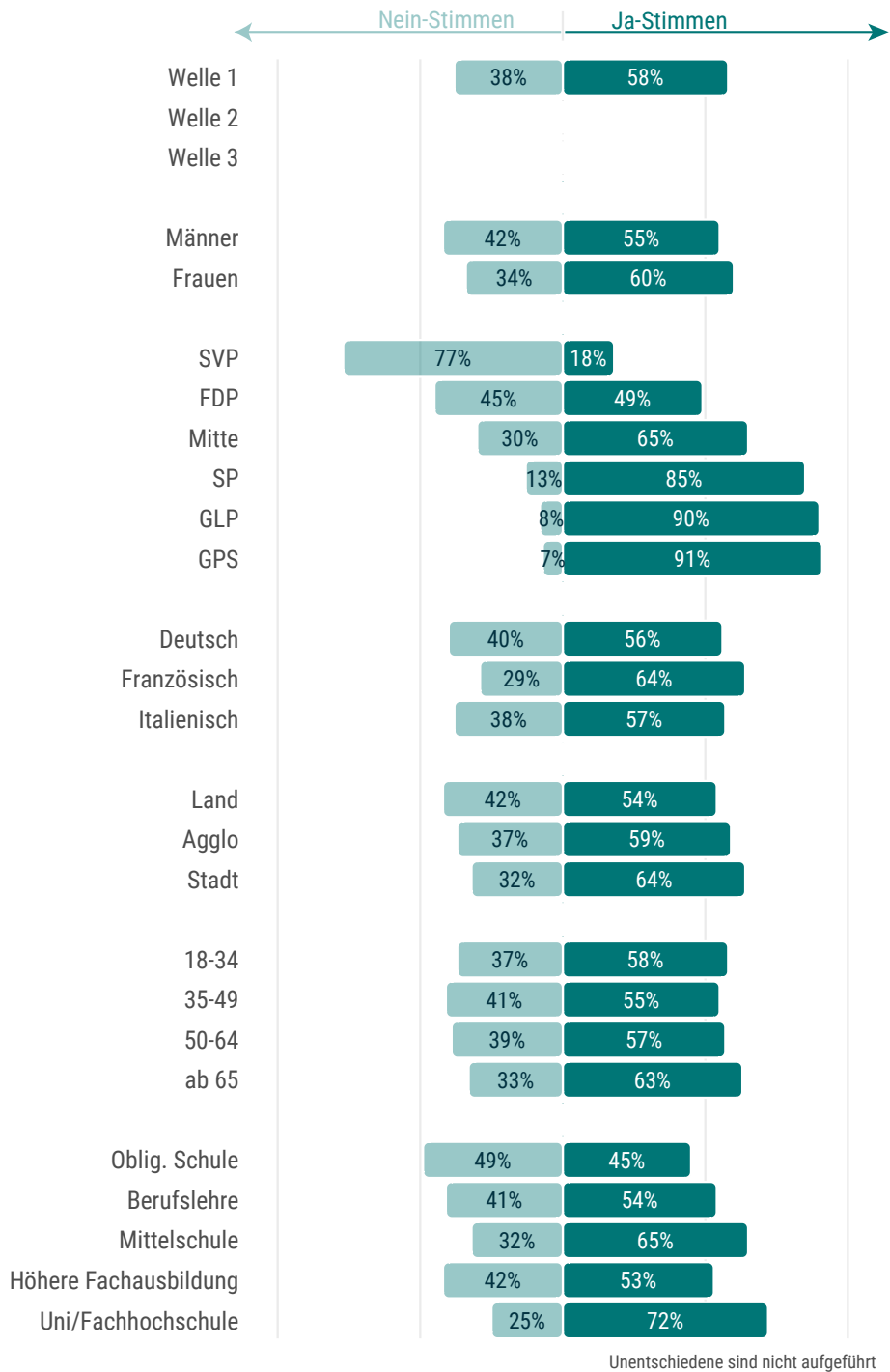
Die Graphik hier fasst die wichtigsten Resultate zusammen. Bitte beachten Sie, dass keine Unsicherheiten ausgewiesen sind, was insbesondere bei Subanalysen relevant ist, und auch die Angaben zu den Unentschiedenen fehlen. Diese zusätzlichen Informationen sind im Bericht in den folgenden Tabellen aufgeführt.





Klimaschutzgesetz

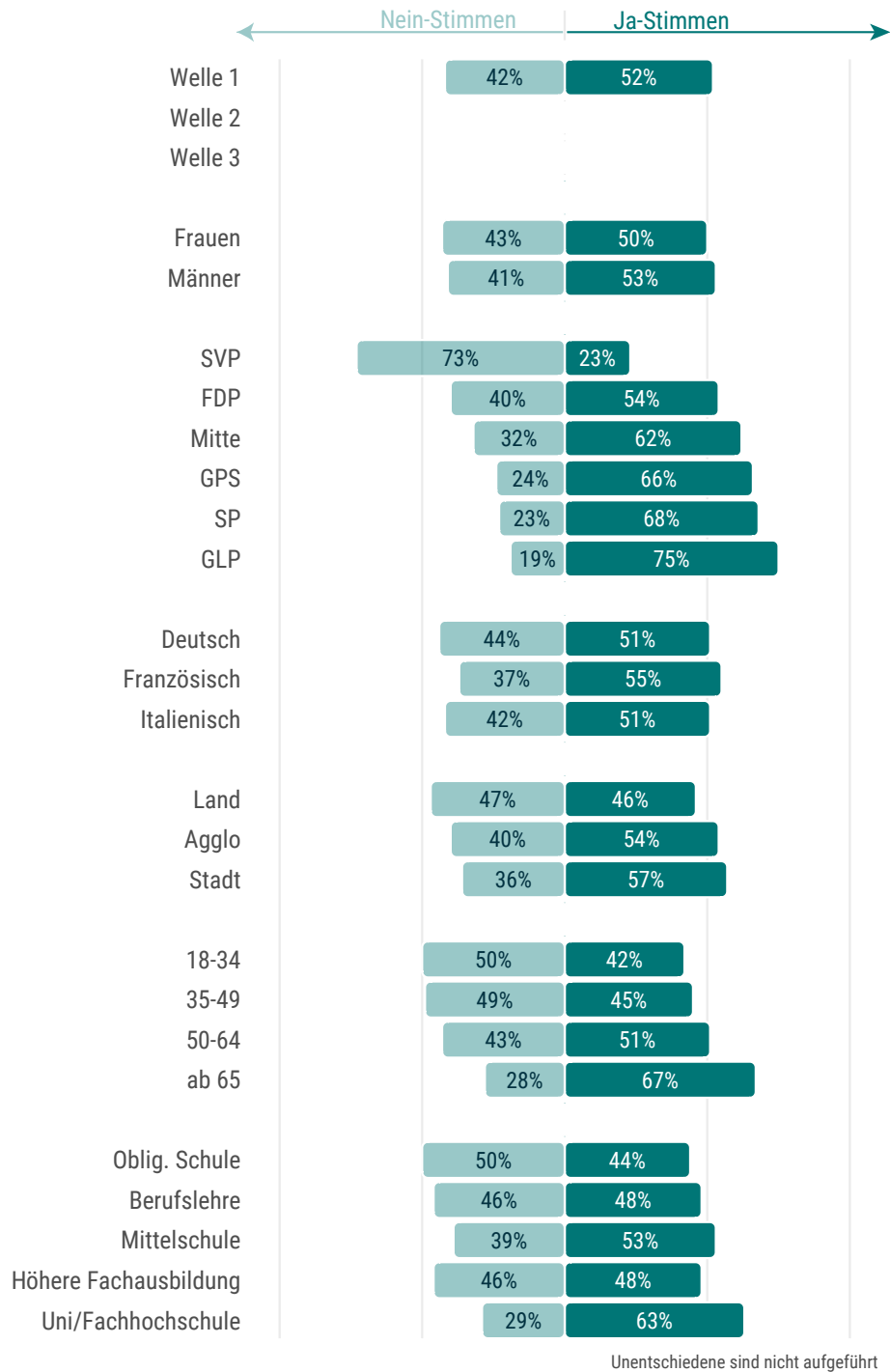
Die Graphik hier fasst die wichtigsten Resultate zusammen. Bitte beachten Sie, dass keine Unsicherheiten ausgewiesen sind, was insbesondere bei Subanalysen relevant ist, und auch die Angaben zu den Unentschiedenen fehlen. Diese zusätzlichen Informationen sind im Bericht in den folgenden Tabellen aufgeführt.





Verlängerung des Covid-Gesetz

Die Graphik hier fasst die wichtigsten Resultate zusammen. Bitte beachten Sie, dass keine Unsicherheiten ausgewiesen sind, was insbesondere bei Subanalysen relevant ist, und auch die Angaben zu den Unentschiedenen fehlen. Diese zusätzlichen Informationen sind im Bericht in den folgenden Tabellen aufgeführt.





Zusammenfassung der Resultate

Am 18. Juni 2023 stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über drei Vorlagen ab: die OECD/G20-Mindestbesteuerung, das Klimaschutz- und Innovationsgesetz (indirekter Gegenvorschlag zur "Gletscher-Initiative") sowie das Covid-19-Gesetz. Gemäss der 1. Welle der 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage, die vom 26. bis 27. April 2023 online zugänglich war, wird die Umsetzung der OECD/G20-Mindeststeuer für grosse und international tätige Unternehmensgruppen sehr deutlich unterstützt (77% Ja; 18% Nein). Die Vorlage geniesst in allen Bevölkerungsgruppen eine starke Zustimmung. Bei den beiden übrigen Vorlagen zeigen sich hingegen ausgeprägte Polarisierungsmuster. Zwar befürworten insgesamt 58% das Klimaschutz- und Innovationsgesetz (38% Nein). Allerdings folgen die Stimmabsichten klaren parteipolitischen Bruchlinien. Während Sympathisant*innen linksgrüner Parteien sowie der GLP das Anliegen stark befürworten (jeweils der Mitte mehrheitlich), verwerfen insbesondere die SVP-Anhänger*innen die Vorlage deutlich (77% Nein). Die FDP-Basis ist gespalten (45% Ja bei 49% Nein). Überdies ergeben sich beim Klimaschutz- und Innovationsgesetz merkliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern und nach Siedlungstyp. Die dritte Vorlage, die Verlängerung des Covid-19-Gesetzes, hat den tiefsten Zustimmungswert, kommt aber auch auf eine Mehrheit (52% Ja; 42% Nein). Bei dieser Frage gibt es ebenfalls ein klares Konfliktmuster: Die Unterstützung fällt in der jüngsten Altersgruppe der 18–34-Jährigen am tiefsten aus (42% Ja) und steigt mit zunehmendem Alter an.

OECD/G20-Mindeststeuer

Die OECD/G20-Mindeststeuer für grosse, international tätige Konzerne kann acht Wochen vor dem Urnengang auf eine hohe Unterstützung zählen. Rund 77% geben an, das Anliegen zu unterstützen. 18% sprechen sich dagegen aus und 5% machen noch keine Angaben zu ihren Stimmabsichten. Die Vorlage geniesst in allen Bevölkerungsgruppen eine starke Zustimmung.

Bei den Befürworter*innen zählt vor allem das Argument, dass die von der OECD und den G20 verabschiedete Mindeststeuer gerecht sei, da sie international tätige Unternehmensgruppen verpflichte, einen grösseren Teil ihrer Steuern in der Schweiz zu bezahlen. Rund ein Viertel befürwortet, dass der ungesunde internationale Steuerwettbewerb dadurch eingedämmt werde. 22% meinen, dass bei einer Nichtumsetzung der OECD/G20-Regeln anstelle der Schweiz andere Staaten diese Steuern einziehen könnten. Bei den Gegner*innen ist für mehr als die Hälfte entscheidend, dass die OECD/G20-Mindeststeuer die wirtschaftliche Aktivität der Schweiz untergrabe. Es drohe die Abwanderung grosser, international tätiger Konzernen und dadurch ein Verlust an Arbeitsplätzen. Rund ein Fünftel gibt an, dass nicht geregelt sei, wofür die Mehreinnahmen eingesetzt werden. Diese sollten der ganzen Bevölkerung zugutekommen – und nicht für einseitige Steuersenkungen aufgewendet werden.

Klimaschutz- und Innovationsgesetz

Mit der zweiten Vorlage, dem Klimaschutz- und Innovationsgesetz, sollen u. a. die Energieeffizienz von Heizungen verbessert und Investitionen in innovative Technologien zur Reduktion von



Treibhausgasen gefördert werden. 58% der Stimmbevölkerung unterstützen den indirekten Gegenvorschlag zur "Gletscherinitiative" 38% sprechen sich dagegen aus, während 4% noch keine Angaben zu ihren Stimmabsichten machen. Es zeigt sich ein klarer politischer Gegensatz zwischen den Parteien: Sympathisant*innen linksgrüner Parteien sowie der GLP befürworten das Anliegen stark, während insbesondere die SVP-Anhänger*innen die Vorlage klar ablehnen (77% Nein). Auch unter den Anhänger*innen der Mitte findet das Anliegen eine klare Mehrheit. Einzig die Wähler*innen der FDP sind noch relativ gespalten (45% Ja bei 49% Nein). Grosse Unterstützung findet das Anliegen bei den Frauen (60% Ja), in der städtischen Bevölkerung (64% Ja) sowie in der Romandie (64% Ja).

Die beiden wichtigsten Argumenten der Befürworter*innen sind, dass die Schweiz einen Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise leisten solle und dass der Verzicht auf fossile Energieträger die Abhängigkeit der Schweiz vom Ausland reduziere, was die Energieversorgungssicherheit erhöhe. Gegner*innen sind hingegen der Meinung, dass erneuerbare Energien den Wegfall von fossilen Energieträgern nicht kompensieren können. Zudem finden Sie, das Klimaschutz- und Innovationsgesetz bringe nichts, weil die kleine Schweiz gegen die globale Klimaerwärmung nichts ausrichten könne.

Covid-19-Gesetz

Bei der dritten nationalen Abstimmung entscheidet die Schweizer Stimmbevölkerung über die Verlängerung einzelner Bestimmungen zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie bis Ende 2024. Die Änderung des entsprechenden Bundesgesetzes kommt auf 52% Unterstützung. 42% lehnen das Gesetz ab und 6% machen noch keine Angaben zu ihren Stimmabsichten. Anhänger*innen der SVP sprechen sich deutlich gegen die Weiterführung aus (73% Nein). Die Zustimmung ist in der jüngsten Altersgruppe am tiefsten (42%); steigt mit zunehmendem Alter jedoch an.

Die Mehrheit der Befürworter*innen (51%) meint, dass die Entwicklung des Coronavirus weiterhin unvorhersehbar sei und neue Coronawellen jederzeit möglich bleiben. Daher bräuchten die Behörden weiterhin gesetzliche Grundlagen, um im Notfall rasch handeln zu können (u.a. zum Schutz besonders gefährdeter Personen oder des Gesundheitswesens). Ein Drittel attestiert dem Covid-19-Gesetz und dem Covid-Zertifikat das Potenzial, zu verhindern, dass es im Falle einer weiteren heftigen Coronawelle wieder zu Schliessungen von Betrieben und weiteren Grundrechtseinschränkungen kommen könne. Das wichtigste Argument für die Gegner*innen der Vorlage derweil ist, dass die Covid-19-Pandemie zu Ende sei und es keine Massnahmen mehr brauche. Zudem finden 31% die Verlängerung des Covid-Zertifikats mache es weiter möglich, Ungeimpfte zu diskriminieren und vom öffentlichen Leben auszuschliessen.



Technische Eckdaten

Die folgenden Resultate basieren auf 13'133 nach demographischen, geographischen und politischen Variablen modellierten Antworten von Umfrageteilnehmer*Innen (9'484 aus der Deutschschweiz, 3'222 aus der Romandie und 427 aus dem Tessin).

- Umfragetage: 26. – 27. April 2023
- Auswertungszeitraum: 28. April – 1. Mai 2023
- Stichproben-Fehlerbereich: ± 1.4 % Punkte (für Schätzungen basierend auf der gesamten Stichprobe). Bei Subanalysen ist der korrekte Fehlerbereich in der Tabelle angegeben.



Umfassende 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfragen

Die 20 Minuten-/Tamedia-Wahlumfragen werden in Zusammenarbeit mit der LeeWas GmbH durchgeführt. LeeWas modelliert die Umfragedaten nach demografischen, geografischen und politischen Variablen. Die Resultate werden jeweils umgehend ausgewertet, damit die Tageszeitungen und Newsplattformen von 20 Minuten und Tamedia schweizweit rasch und fundiert darüber berichten können. Weitere Informationen sind unter www.tamedia.ch/umfragen abrufbar.

Beteiligte Medien

Deutschschweiz: 20 Minuten, BZ Berner Zeitung, Der Bund, Tages-Anzeiger, Sonntagszeitung und ZRZ Zürcher Regionalzeitungen
Romandie: 20 Minutes, 24 heures, Tribune de Genève und Le Matin/Le Matin Dimanche
Tessin: 20 Minuti

Kontakt

Florian Näf, Communications and Public Affairs Manager, TX Group
+41 76 211 95 02, florian.naef@tx.group

Projektleitung: Florian Näf, florian.naef@tx.group

Projektkoordination: Jean-Claude Gerber, jean-claude.gerber@20minuten.ch, Jacqueline Büchi, jacqueline.buechi@tamedia.ch, Edgar Schuler, edgar.schuler@tamedia.ch

Konzeption, Entwicklung & Durchführung: LeeWas GmbH,
Rahel Freiburghaus (freiburghaus@leewas.ch), Lucas Leemann (leemann@leewas.ch), Fabio Wasserfallen (wasserfallen@leewas.ch), Thomas Willi (willi@leewas.ch), Jenny Yin (yin@leewas.ch),



Über 20 Minuten

Ende 1999 für eine junge und urbane Zielgruppe der Region Zürich lanciert, hat sich die Pendlerzeitung 20 Minuten zum reichweitenstärksten Schweizer Medientitel mit Präsenz in der Deutschschweiz, der Westschweiz und im Tessin entwickelt. In acht gedruckten Lokalausgaben fünfmal die Woche und digital rund um die Uhr informiert und unterhält 20 Minuten in drei Sprachen mit Geschichten aus Politik, Wirtschaft, Sport und Unterhaltung. Auf den digitalen Kanälen bietet 20 Minuten auch Bewegtbild, Audio-Formate, Radio und weitere zukunftsweisende Technologien. 20 Minuten ist ein Teil der TX Group und umfasst 20 Minuten, 20 minutes und 20 minuti, 20 Minuten Radio, lematin.ch, Encore und die Beteiligungen im Ausland (Lessentiel in Luxemburg und Heute in Österreich).

Über Tamedia

Tamedia geht auf den 1893 gegründeten Tages-Anzeiger zurück. Heute ist das nationale Medienhaus in der Deutschschweiz und der Romandie aktiv und umfasst das führende Redaktionsnetzwerk. Die Tages- und Wochenzeitungen, Zeitschriften und Newsplattformen von Tamedia sind lokal verankert und international vernetzt. Sie schaffen Öffentlichkeit und bieten Orientierung sowie Unterhaltung. Zu den namhaften Medienmarken von Tamedia zählen unter anderem 24 heures, Basler Zeitung, Bilan, BZ Berner Zeitung, Das Magazin, Der Bund, Finanz und Wirtschaft, Le Matin Dimanche, Schweizer Familie, SonntagsZeitung, Tages-Anzeiger, Tribune de Genève sowie die Zürcher Regionalzeitungen. Darüber hinaus gehören die drei grössten Zeitungsdruckereien der Schweiz zum Portfolio. Tamedia ist ein Unternehmen der TX Group.

Weitere Informationen zu Tamedia für Medienschaffende:

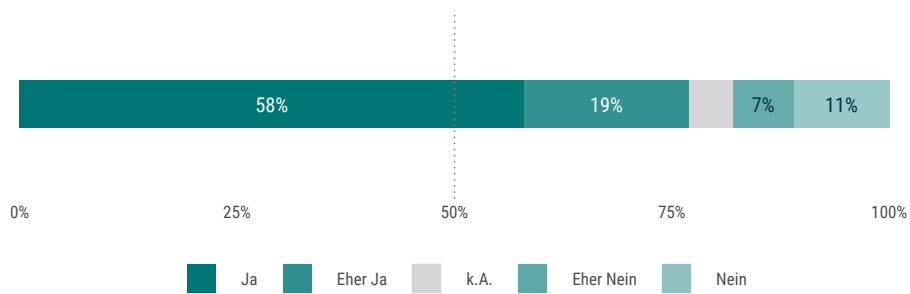
<https://www.tamedia.ch/de/unternehmen/newsroom/medienmitteilungen>



1 OECD-Mindeststeuer

Tabelle 1: Werden Sie für die Mindeststeuer stimmen?

	%	
Ja	58	} 77
Eher Ja	19	
Eher Nein	7	} 18
Nein	11	
Keine Angabe	5	
Statistische Unschärfe (\pm)	1	



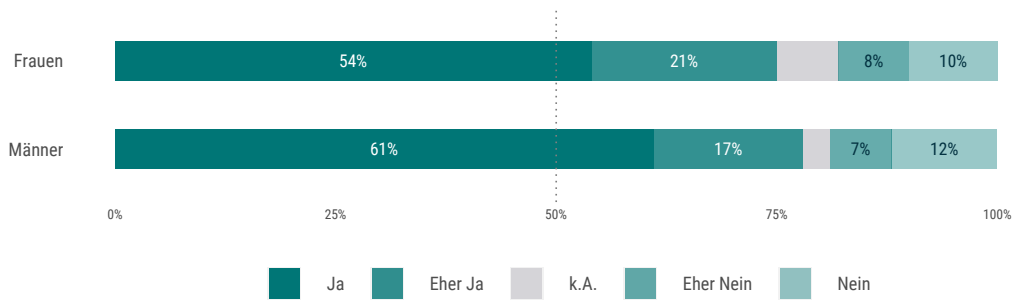
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.1 Unterstützung nach Geschlecht

Tabelle 2: Werden Sie für die Mindeststeuer stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	61	54
Eher Ja	17	21
Eher Nein	7	8
Nein	12	10
Keine Angabe	3	7
Statistische Unschärfe (\pm)	2	2



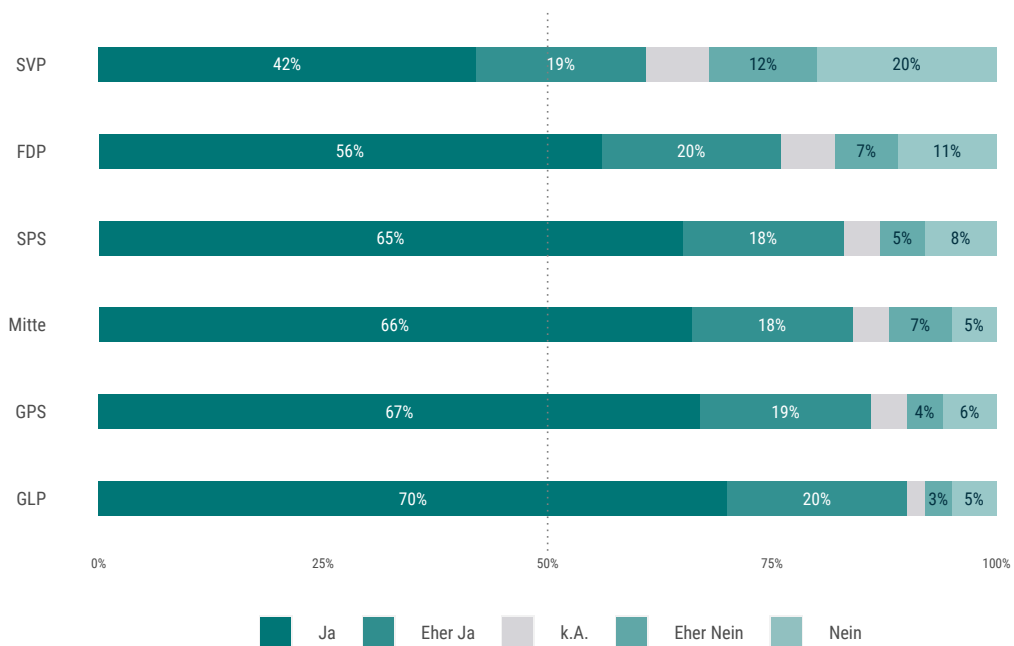
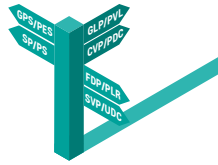
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.2 Unterstützung nach Parteien

Tabelle 3: Werden Sie für die Mindeststeuer stimmen?

	FDP	Mitte	SP	SVP	GPS	GLP
Ja	56	66	65	42	67	70
Eher Ja	20	18	18	19	19	20
Eher Nein	7	7	5	12	4	3
Nein	11	5	8	20	6	5
Keine Angabe	6	4	4	7	4	2
Statistische Unschärfe (±)	3	4	3	3	4	4



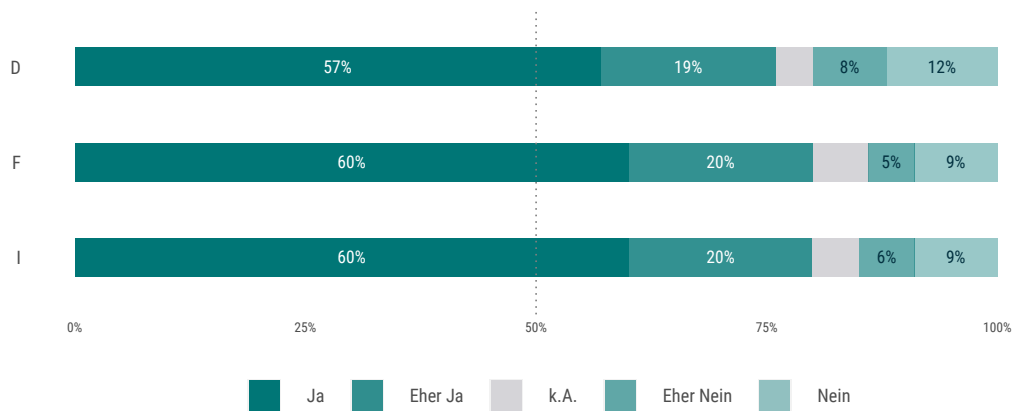
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.3 Unterstützung nach Sprachgruppen

Tabelle 4: Werden Sie für die Mindeststeuer stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	57	60	60
Eher Ja	19	20	20
Eher Nein	8	5	6
Nein	12	9	9
Keine Angabe	4	6	5
Statistische Unschärfe (\pm)	1	2	5



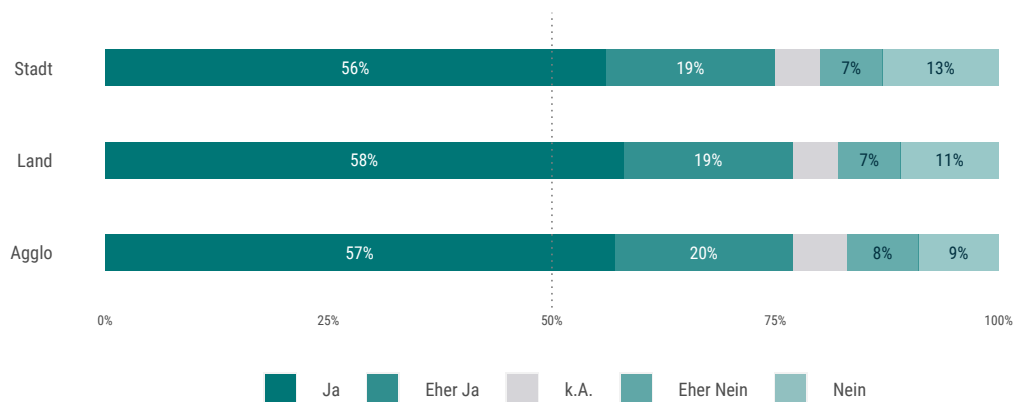
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.4 Unterstützung nach Siedlungstyp

Tabelle 5: Werden Sie für die Mindeststeuer stimmen?

	Stadt	Agglo	Land
Ja	56	57	58
Eher Ja	19	20	19
Eher Nein	7	8	7
Nein	13	9	11
Keine Angabe	5	6	5
Statistische Unschärfe (±)	3	2	2



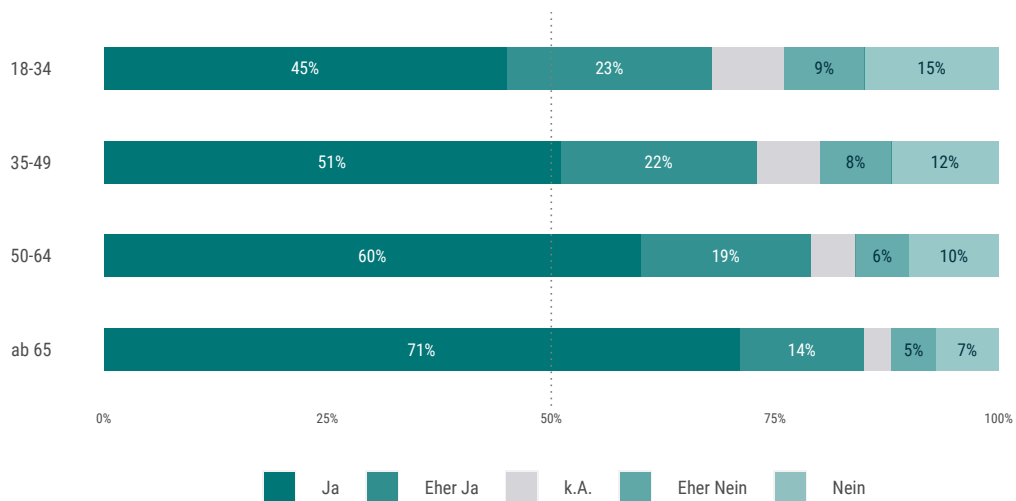
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.5 Unterstützung nach Alter

Tabelle 6: Werden Sie für die Mindeststeuer stimmen?

	18-34	35-49	50-64	ab 65
Ja	45	51	60	71
Eher Ja	23	22	19	14
Eher Nein	9	8	6	5
Nein	15	12	10	7
Keine Angabe	8	7	5	3
Statistische Unschärfe (±)	4	3	2	3



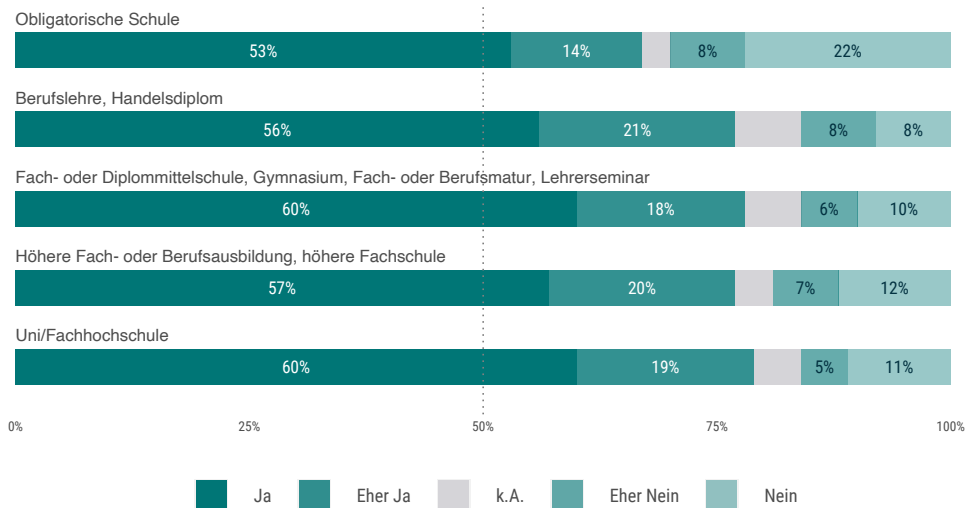
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss

Tabelle 7: Werden Sie für die Mindeststeuer stimmen?

	Obligatorische Schule	Berufslehre, Handelsdiplom	Diplommittelschule, Gymnasium, Fach- oder Berufsmatur, Lehrerseminar	Höhere Fach- oder Berufsausbildung, höhere Fachschule	Uni/Fachhochschule
Ja	53	56	60	57	60
Eher Ja	14	21	18	20	19
Eher Nein	8	8	6	7	5
Nein	22	8	10	12	11
Keine Angabe	3	7	6	4	5
Statistische Unschärfe (±)	8	2	4	2	2



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.7 Argumente

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die Befürworter*Innen oder die Gegner*Innen einer Vorlage berechnet.

Tabelle 8: Welches Argument spricht am ehesten für die Mindeststeuer?

	%
Die Mindeststeuer ist gerecht, da sie grosse, international tätige Unternehmen verpflichtet, einen grösseren Teil ihrer Steuern in der Schweiz zu bezahlen.	39
Mit der OECD-Mindeststeuer wird der ungesunde internationale Steuerwettbewerb eingedämmt.	24
Eine Nichtumsetzung der neuen OECD-Regeln führt dazu, dass andere Staaten die Zusatzsteuer von Unternehmen in der Schweiz erheben. Die Schweiz verliert diese Einnahmen.	22
Mit den Zusatzeinnahmen können Kantone ihre wirtschaftliche Attraktivität stärken und andere Steuern bzw. Abgaben senken.	12
Ein anderes	1
Keines	2

Tabelle 9: Welches Argument spricht am ehesten gegen die Mindeststeuer?

	%
Die Mindeststeuer untergräbt die wirtschaftliche Attraktivität der Schweiz. Es droht die Abwanderung von grossen, international tätigen Konzernen und ein Verlust an Arbeitsplätzen.	54
Es ist nicht geregelt, wofür die Mehreinnahmen eingesetzt werden. Statt für Steuersenkungen sollten sie verbindlich für Ausgaben verwendet werden, die der ganzen Bevölkerung zugutekommen (zum Beispiel für Verbilligung der Krankenkassenprämien, Finanzierung von zusätzlichen Kita-Plätzen).	22
Die Verteilung ist ungerecht. Von 75 Prozent der Mehreinnahmen profitieren nur vier finanzstarke Kantone. Andere Kantone gehen dagegen ganz oder fast leer aus.	11
Ein anderes	6
Der Anteil der Kantone an den Mehreinnahmen ist zu hoch. Der Hauptteil des Geldes sollte an den Bund gehen.	4
Keines	3

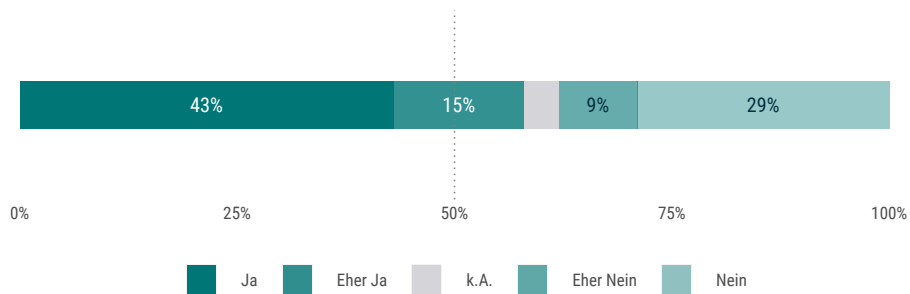
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2 Klimaschutzgesetz

Tabelle 10: Werden Sie für das Klimaschutzgesetz stimmen?

	%	
Ja	43	} 58
Eher Ja	15	
Eher Nein	9	} 38
Nein	29	
Keine Angabe	4	
Statistische Unschärfe (±)		1



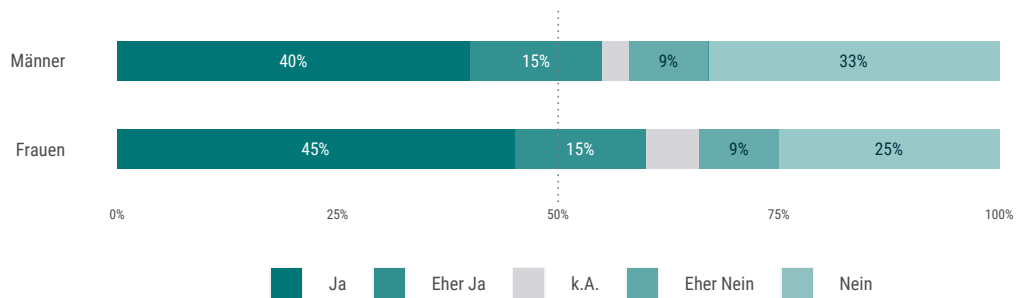
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.1 Unterstützung nach Geschlecht

Tabelle 11: Werden Sie für das Klimaschutzgesetz stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	40	45
Eher Ja	15	15
Eher Nein	9	9
Nein	33	25
Keine Angabe	3	6
Statistische Unschärfe (\pm)	2	2



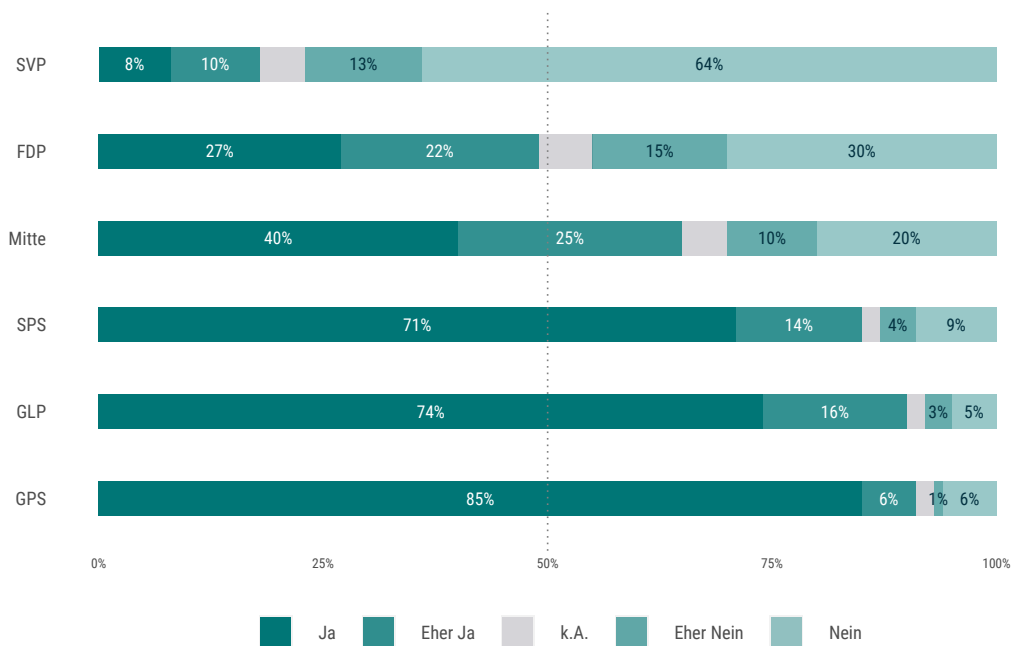
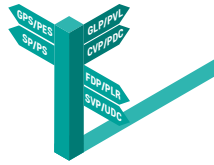
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.2 Unterstützung nach Parteien

Tabelle 12: Werden Sie für das Klimaschutzgesetz stimmen?

	FDP	Mitte	SP	SVP	GPS	GLP
Ja	27	40	71	8	85	74
Eher Ja	22	25	14	10	6	16
Eher Nein	15	10	4	13	1	3
Nein	30	20	9	64	6	5
Keine Angabe	6	5	2	5	2	2
Statistische Unschärfe (±)	3	4	3	3	4	4



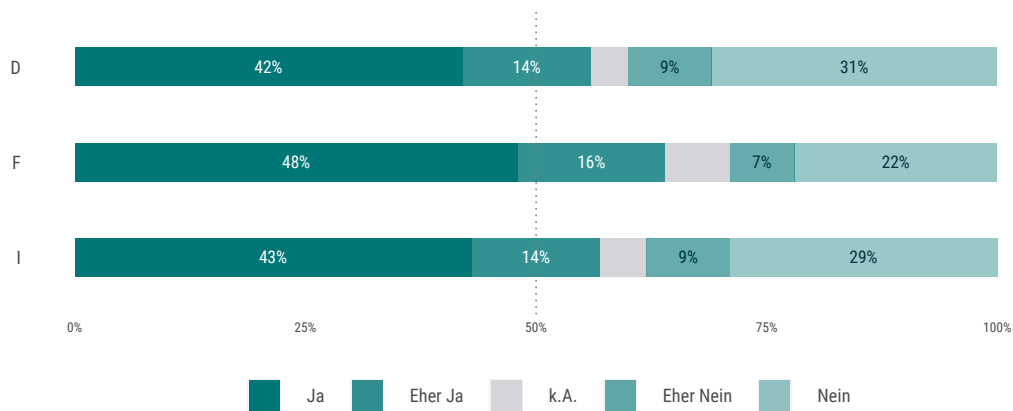
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.3 Unterstützung nach Sprachgruppen

Tabelle 13: Werden Sie für das Klimaschutzgesetz stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	42	48	43
Eher Ja	14	16	14
Eher Nein	9	7	9
Nein	31	22	29
Keine Angabe	4	7	5
Statistische Unschärfe (\pm)	1	2	5



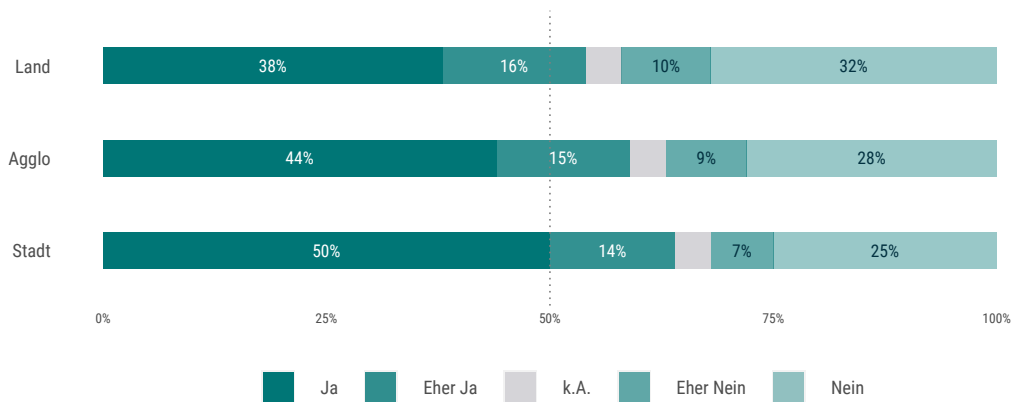
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.4 Unterstützung nach Siedlungstyp

Tabelle 14: Werden Sie für das Klimaschutzgesetz stimmen?

	Stadt	Agglo	Land
Ja	50	44	38
Eher Ja	14	15	16
Eher Nein	7	9	10
Nein	25	28	32
Keine Angabe	4	4	4
Statistische Unschärfe (±)	3	2	2



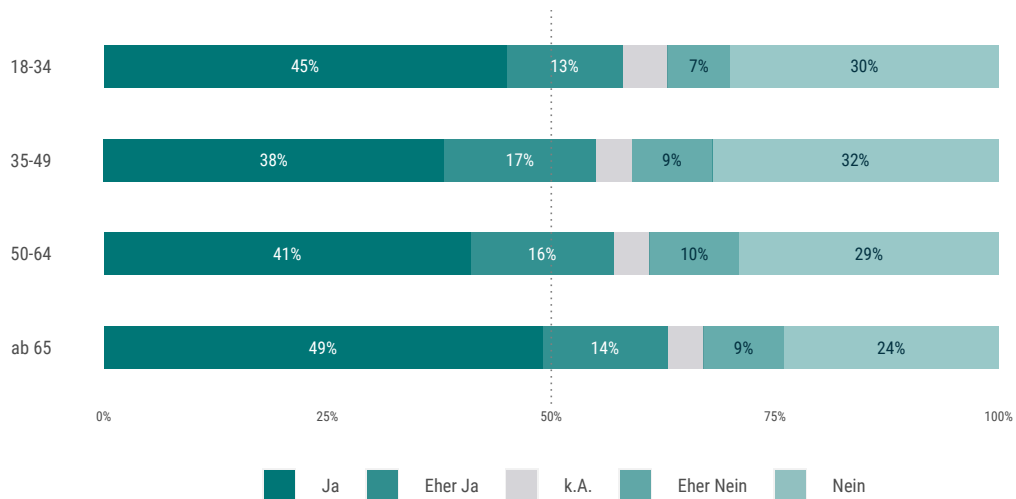
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.5 Unterstützung nach Alter

Tabelle 15: Werden Sie für das Klimaschutzgesetz stimmen?

	18-34	35-49	50-64	ab 65
Ja	45	38	41	49
Eher Ja	13	17	16	14
Eher Nein	7	9	10	9
Nein	30	32	29	24
Keine Angabe	5	4	4	4
Statistische Unsicherheit (\pm)	4	3	2	3



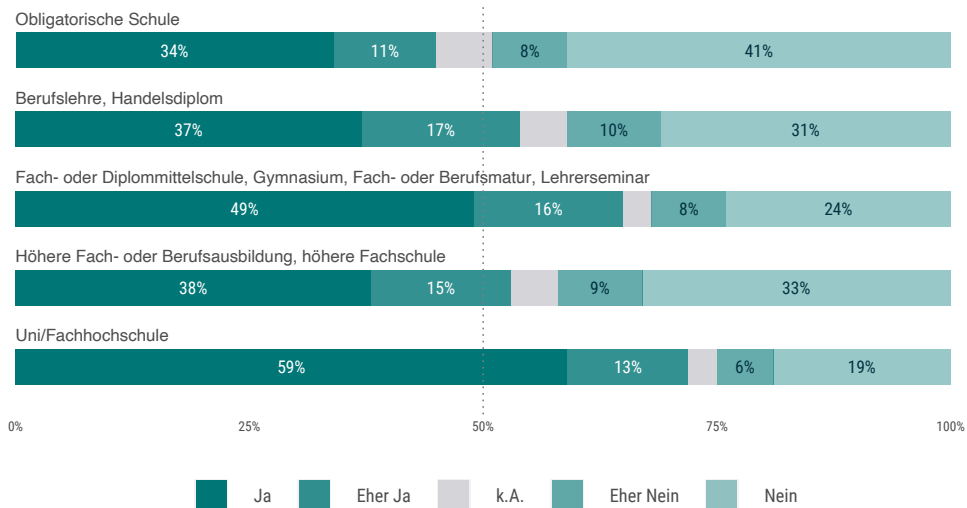
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss

Tabelle 16: Werden Sie für das Klimaschutzgesetz stimmen?

	Obligatorische Schule	Berufslehre, Handelsdiplom	Diplommittelschule, Gymnasium, Fach- oder Berufsmatur, Lehrerseminar	Höhere Fach- oder Berufsausbildung, höhere Fachschule	Uni/Fachhochschule
Ja	34	37	49	38	59
Eher Ja	11	17	16	15	13
Eher Nein	8	10	8	9	6
Nein	41	31	24	33	19
Keine Angabe	6	5	3	5	3
Statistische Unschärfe (±)	8	2	4	2	2



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.7 Argumente

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die Befürworter*Innen oder die Gegner*Innen einer Vorlage berechnet.

Tabelle 17: Welches Argument spricht am ehesten für das Klimaschutzgesetz?

	%
Die Schweiz soll ihren Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise leisten.	38
Der Verzicht auf fossile Energie reduziert die Abhängigkeit der Schweiz von Öl und Gas aus dem Ausland und erhöht die Energieversorgungssicherheit.	28
Das Wetter spielt bereits verrückt (u.a. Hitzesommer, Unwetter). Wenn es so weitergeht, werden extreme Wetterphänomene und damit verbundene Probleme noch viel häufiger vorkommen.	17
Über die nächsten zehn Jahre werden 3.2 Milliarden Franken aus der Bundeskasse in innovative Technologien und Prozesse investiert, was den Wirtschaftsstandort Schweiz fördert und Arbeitsplätze schafft.	14
Ein anderes	2
Keines	1

Tabelle 18: Welches Argument spricht am ehesten gegen das Klimaschutzgesetz?

	%
Erneuerbare Energien (u.a. Windkraft, Solar) können den Wegfall von fossilen Energieträgern nicht kompensieren. In den Wintermonaten drohen Versorgungslücken.	32
Das Klimaschutzgesetz bringt nichts, weil die kleine Schweiz gegen die globale Klimaerwärmung sowieso nichts ausrichten kann.	30
Das Klimaschutzgesetz hat einen massiv höheren Stromverbrauch zur Folge, wodurch die jährlichen Energiekosten pro Kopf um mehrere Tausend Franken ansteigen würden.	26
Ein anderes	7
Der Ausbau erneuerbarer Energien führt dazu, dass Solarpanels und Windkraftturbinen das Landschaftsbild zerstören.	5
Keines	0

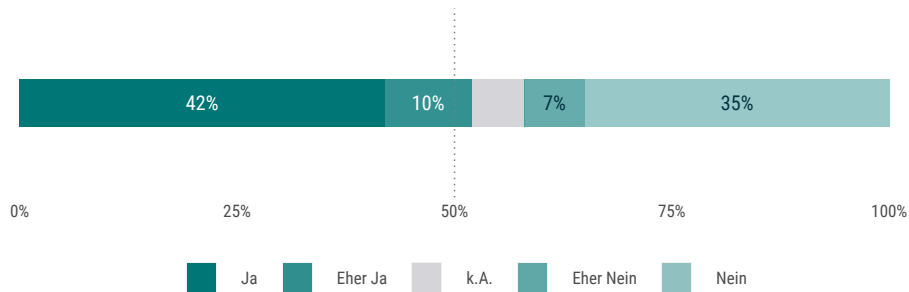
[↗ Zurück zur Zusammenfassung](#)



3 Verlängerung des Covid-Gesetz

Tabelle 19: Werden Sie für die Verlängerung des Covid-Gesetzes stimmen?

	%	
Ja	42	} 52
Eher Ja	10	
Eher Nein	7	} 42
Nein	35	
Keine Angabe	6	
Statistische Unschärfe (\pm)	1	



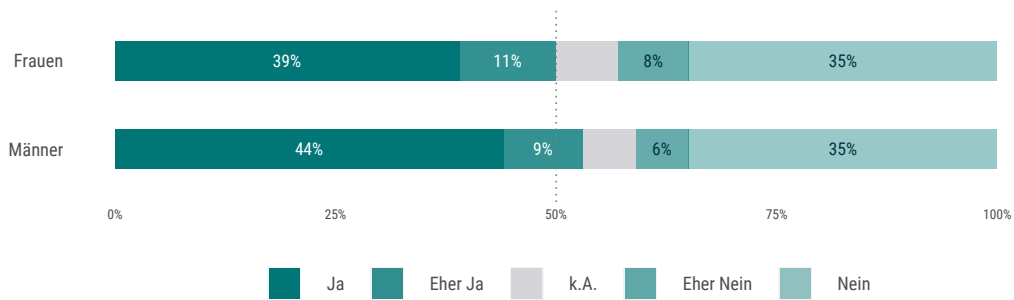
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.1 Unterstützung nach Geschlecht

Tabelle 20: Werden Sie für die Verlängerung des Covid-Gesetzes stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	44	39
Eher Ja	9	11
Eher Nein	6	8
Nein	35	35
Keine Angabe	6	7
Statistische Unschärfe (±)	2	2



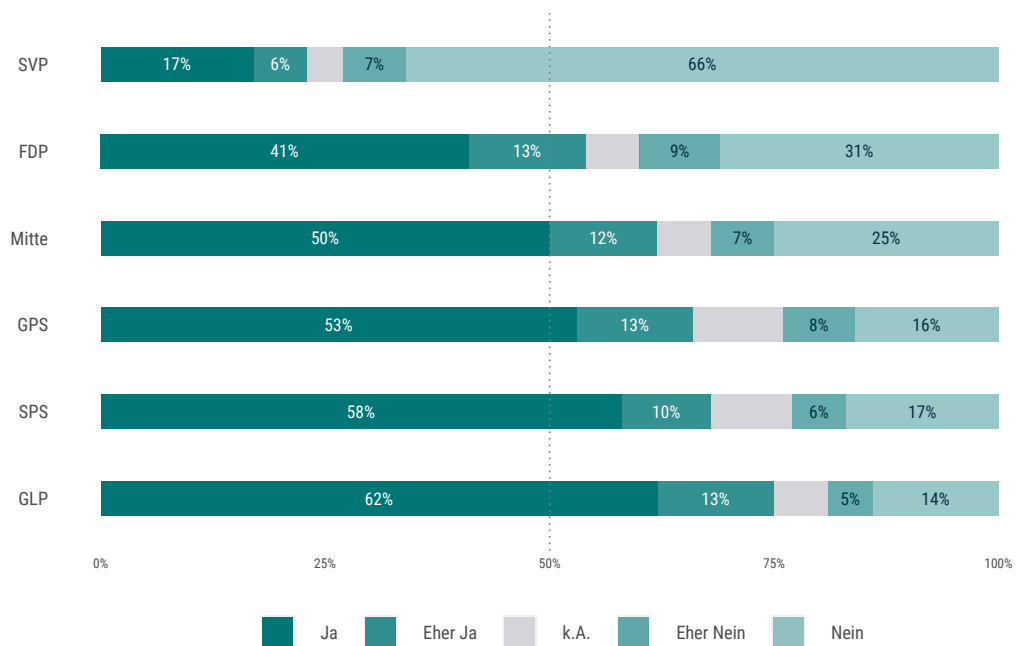
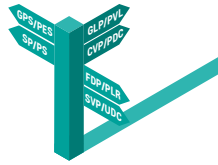
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.2 Unterstützung nach Parteien

Tabelle 21: Werden Sie für die Verlängerung des Covid-Gesetzes stimmen?

	FDP	Mitte	SP	SVP	GPS	GLP
Ja	41	50	58	17	53	62
Eher Ja	13	12	10	6	13	13
Eher Nein	9	7	6	7	8	5
Nein	31	25	17	66	16	14
Keine Angabe	6	6	9	4	10	6
Statistische Unschärfe (±)	3	4	3	3	4	4



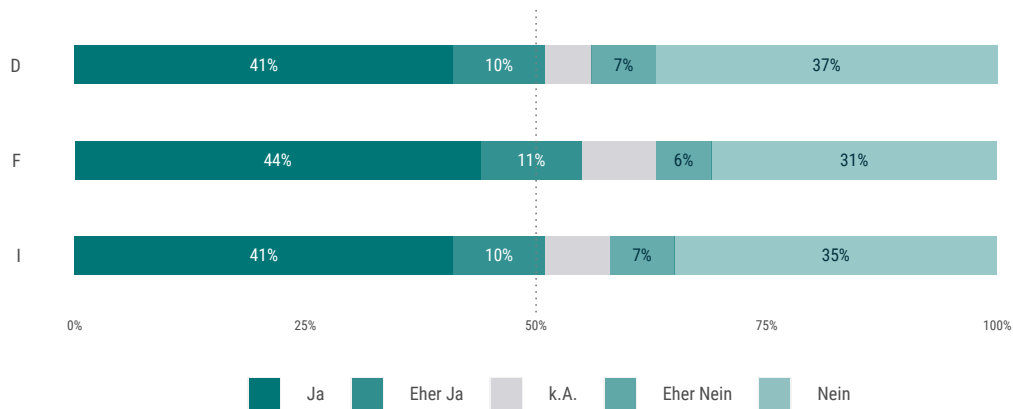
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.3 Unterstützung nach Sprachgruppen

Tabelle 22: Werden Sie für die Verlängerung des Covid-Gesetzes stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	41	44	41
Eher Ja	10	11	10
Eher Nein	7	6	7
Nein	37	31	35
Keine Angabe	5	8	7
Statistische Unschärfe (\pm)	1	2	5



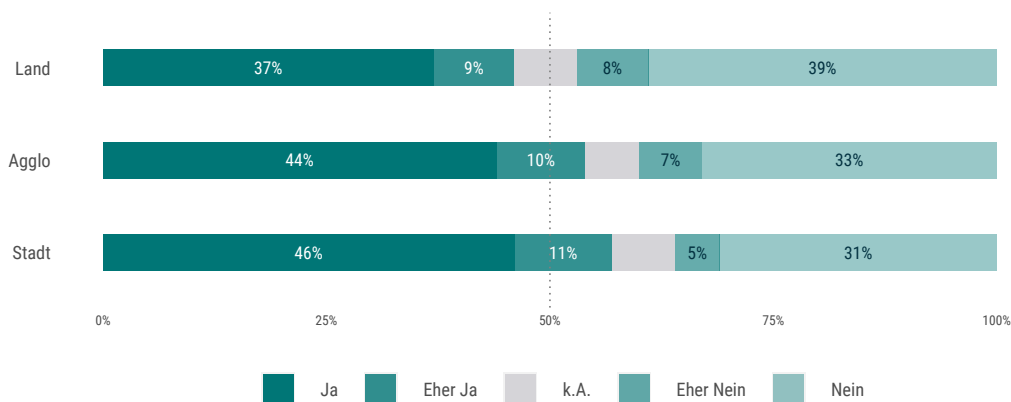
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.4 Unterstützung nach Siedlungstyp

Tabelle 23: Werden Sie für die Verlängerung des Covid-Gesetzes stimmen?

	Stadt	Agglo	Land
Ja	46	44	37
Eher Ja	11	10	9
Eher Nein	5	7	8
Nein	31	33	39
Keine Angabe	7	6	7
Statistische Unschärfe (±)	3	2	2



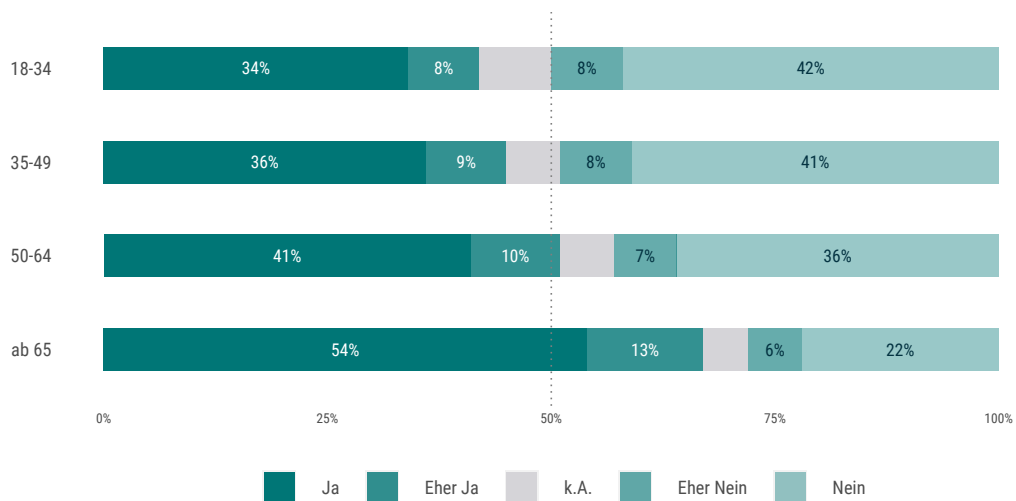
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.5 Unterstützung nach Alter

Tabelle 24: Werden Sie für die Verlängerung des Covid-Gesetzes stimmen?

	18-34	35-49	50-64	ab 65
Ja	34	36	41	54
Eher Ja	8	9	10	13
Eher Nein	8	8	7	6
Nein	42	41	36	22
Keine Angabe	8	6	6	5
Statistische Unsicherheit (\pm)	4	3	2	3



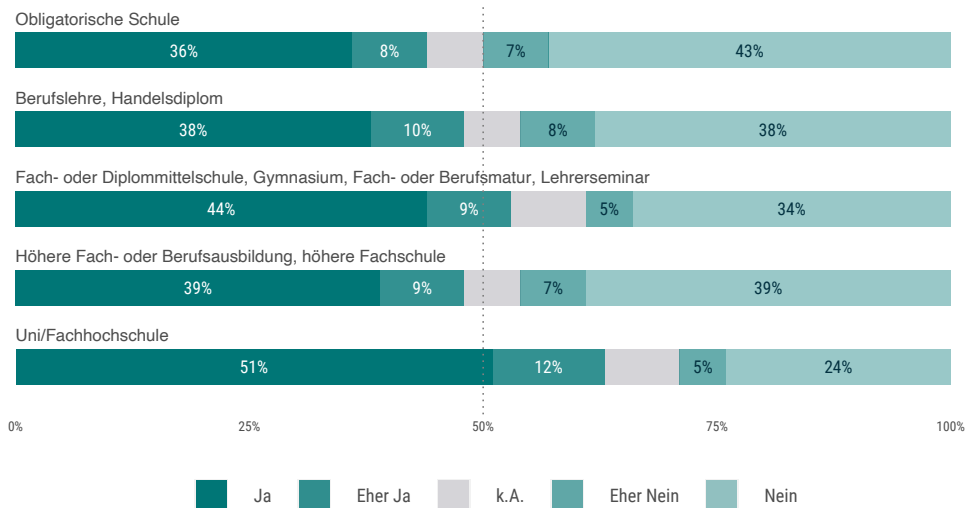
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss

Tabelle 25: Werden Sie für die Verlängerung des Covid-Gesetzes stimmen?

	Obligatorische Schule	Berufslehre, Handelsdiplom	Diplommittelschule, Gymnasium, Fach- oder Berufsmatur, Lehrerseminar	Höhere Fach- oder Berufsausbildung, höhere Fachschule	Uni/Fachhochschule
Ja	36	38	44	39	51
Eher Ja	8	10	9	9	12
Eher Nein	7	8	5	7	5
Nein	43	38	34	39	24
Keine Angabe	6	6	8	6	8
Statistische Unschärfe (±)	8	2	4	2	2



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.7 Argumente

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die Befürworter*Innen oder die Gegner*Innen einer Vorlage berechnet.

Tabelle 26: Welches Argument spricht am ehesten für die Verlängerung des Covid-Gesetzes?

	%
Da die Entwicklung des Coronavirus noch immer schwer abschätzbar ist und neue Coronawellen jederzeit möglich bleiben, braucht es das Gesetz weiterhin.	51
Das Covid-19-Gesetz und das Covid-Zertifikat verhindern, dass es im Fall einer weiteren heftigen Coronawelle wieder zu Schliessungen von Betrieben und weiteren Grundrechtseinschränkungen kommt.	28
Das Covid-19-Gesetz bildet die gesetzliche Grundlage für das Covid-Zertifikat, das Auslandsreisen vereinfacht.	14
Ein anderes	4
Keines	3



Tabelle 27: Welches Argument spricht am ehesten gegen die Verlängerung des Covid-Gesetzes?

	%
Die Covid-19-Pandemie ist zu Ende; es braucht keine Massnahmen mehr.	50
Mit der Verlängerung des Covid-Zertifikats ist es weiter möglich, Ungeimpfte zu diskriminieren und sie vom öffentlichen Leben auszuschliessen. Das spaltet die Gesellschaft.	31
Das Covid-19-Gesetz und das Covid-Zertifikat ermöglichen eine Überwachung der Gesellschaft.	12
Ein anderes	4
Keines	3

[↗ Zurück zur Zusammenfassung](#)



4 Zusatzauswertung: Wohnungsknappheit

Tabelle 28: Was sollte Ihrer Meinung nach am ehesten gegen die aktuell herrschende Knappheit an bezahlbaren Wohnungen unternommen werden?

	%
Die Zuwanderung muss begrenzt werden.	37
Der Staat muss den gemeinnützigen und günstigen Wohnungsbau stärker fördern (zum Beispiel Genossenschaftswohnungen).	28
Bei Neubauten muss es weniger Auflagen und Einspruchsmöglichkeiten geben, damit schneller und kostengünstiger gebaut werden kann.	13
Es braucht eine stärkere Regulierung von Kurzvermietungsplattformen/-anbietern wie Airbnb.	10
Es muss dichter gebaut werden (Verdichtung).	7
Ist eine Wohnung unterbelegt (zum Beispiel weniger als drei Personen in einer Vierzimmerwohnung), sollte von den Mietern eine Zusatzgebühr verlangt werden.	2
Keine Angabe	3
Statistische Unschärfe (\pm)	1

Tabelle 29: Nach Geschlecht

	Männer	Frauen
Die Zuwanderung muss begrenzt werden.	37	37
Der Staat muss den gemeinnützigen und günstigen Wohnungsbau stärker fördern (zum Beispiel Genossenschaftswohnungen).	24	32
Bei Neubauten muss es weniger Auflagen und Einspruchsmöglichkeiten geben, damit schneller und kostengünstiger gebaut werden kann.	17	10
Es braucht eine stärkere Regulierung von Kurzvermietungsplattformen/-anbietern wie Airbnb.	8	11
Es muss dichter gebaut werden (Verdichtung).	9	5
Ist eine Wohnung unterbelegt (zum Beispiel weniger als drei Personen in einer Vierzimmerwohnung), sollte von den Mietern eine Zusatzgebühr verlangt werden.	2	2
Keine Angabe	3	3
Statistische Unschärfe (\pm)	2	2



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



Tabelle 30: Nach Siedlungstyp

	Stadt	Agglo	Land
Die Zuwanderung muss begrenzt werden.	30	35	43
Der Staat muss den gemeinnützigen und günstigen Wohnungsbau stärker fördern (zum Beispiel Genossenschaftswohnungen).	35	28	22
Bei Neubauten muss es weniger Auflagen und Einsprachemöglichkeiten geben, damit schneller und kostengünstiger gebaut werden kann.	12	14	13
Es braucht eine stärkere Regulierung von Kurzvermietungsplattformen/-anbietern wie Airbnb.	9	10	10
Es muss dichter gebaut werden (Verdichtung).	8	8	5
Ist eine Wohnung unterbelegt (zum Beispiel weniger als drei Personen in einer Vierzimmerwohnung), sollte von den Mietern eine Zusatzgebühr verlangt werden.	2	2	3
Keine Angabe	4	3	4
Statistische Unschärfe (\pm)	3	2	2

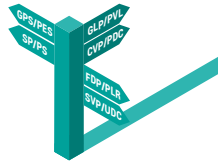


[Zurück zur Zusammenfassung](#)



Tabelle 31: Nach Parteisympathie

	FDP	Mitte	SP	SVP	GPS	GLP
Die Zuwanderung muss begrenzt werden.	35	25	12	77	14	18
Der Staat muss den gemeinnützigen und günstigen Wohnungsbau stärker fördern (zum Beispiel Genossenschaftswohnungen).	12	24	56	8	51	27
Bei Neubauten muss es weniger Auflagen und Einsprachemöglichkeiten geben, damit schneller und kostengünstiger gebaut werden kann.	30	21	7	8	3	18
Es braucht eine stärkere Regulierung von Kurzvermietungsplattformen/-anbietern wie Airbnb.	9	16	12	3	13	13
Es muss dichter gebaut werden (Verdichtung).	8	9	7	2	8	17
Ist eine Wohnung unterbelegt (zum Beispiel weniger als drei Personen in einer Vierzimmerwohnung), sollte von den Mietern eine Zusatzgebühr verlangt werden.	2	2	2	1	5	2
Keine Angabe	4	3	4	1	6	5
Statistische Unschärfe (±)	3	4	3	3	4	4



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



Tabelle 32: Nach Bildungsgruppen

	Obligatorische Schule	Berufslehre, Handelsdiplom	Diplommittelschule, Gymnasium, Fach- oder Berufsmatur, Lehrerseminar	Höhere Fach- oder Berufsausbildung, höhere Fachschule	Uni/Fachhochschule
Die Zuwanderung muss begrenzt werden.	51	43	29	40	23
Der Staat muss den gemeinnützigen und günstigen Wohnungsbau stärker fördern (zum Beispiel Genossenschaftswohnungen).	22	26	35	25	32
Bei Neubauten muss es weniger Auflagen und Einsprachemöglichkeiten geben, damit schneller und kostengünstiger gebaut werden kann.	6	12	14	15	16
Es braucht eine stärkere Regulierung von Kurzvermietungsplattformen/-anbietern wie Airbnb.	7	9	10	10	11
Es muss dichter gebaut werden (Verdichtung).	5	4	7	6	12
Ist eine Wohnung unterbelegt (zum Beispiel weniger als drei Personen in einer Vierzimmerwohnung), sollte von den Mietern eine Zusatzgebühr verlangt werden.	4	3	2	1	2
Keine Angabe	5	3	3	3	4
Statistische Unschärfe (\pm)	8	2	4	2	2



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



5 Technische Details

Stichprobe: Die folgenden Resultate basieren auf 13'133 UmfrageteilnehmerInnen (9'484 aus der Deutschschweiz, 3'222 aus der Romandie und 427 aus dem Tessin).

Stichprobenfehler: Wie bei allen Umfragen weist diese Umfrage einen Fehlerbereich aus. Auf einem α -Niveau von 5% liegt der maximale Fehlerbereich bei dieser Umfrage bei $\pm 1.4\%$ -Punkten für Schätzungen basierend auf der gesamten Stichprobe.

Erhebungszeitraum: Die Umfrage war vom 26. – 27. April 2023 online zugänglich. Die bereinigten Daten wurden für die Analyse nach demographischen, geographischen und politischen Variablen modelliert.

6 Statistische Unschärfe

Jede Schätzung, die auf einer Stichprobe basiert, enthält eine statistische Unschärfe. Der Stichprobenfehler, der für die ganze Umfrage angegeben ist, gilt nur für die Auswertungen der ganzen Stichprobe. Bei Analysen nach Untergruppen (bspw. nach Parteien) ist die Anzahl Antworten kleiner was die statistische Unschärfe vergrössert.

Als Lesebeispiel diskutieren wir unten die Unterstützung des Energiegesetzes gemäss der ersten Umfrage-Welle (siehe Tabelle 33, ursprünglich publiziert im Bericht vom 10. April 2017). Die Unschärfe ist am kleinsten für die deutschsprachige Schweiz, da die meisten Befragten Teil dieser Gruppe sind. Der Stichprobenfehler für die italienische Schweiz ist mit $\pm 10\%$ gross, da deutlich weniger Tessiner an der Umfrage teilgenommen haben. Wie werden diese Ergebnisse nun gelesen? In der Deutschschweiz beträgt die Unterstützung 52% (45% + 7%) und der Stichprobenfehler liegt bei 2%. Hätten wir die Umfrage 100 mal wiederholt, würden wir erwarten, dass bei 95 Umfragen ein Mittelwert zwischen 50% und 54% resultiert. Dieses Intervall (definiert durch den "Unterstützungswert" \pm "Stichprobenfehler") wird als Konfidenzintervall bezeichnet. Je grösser der Stichprobenfehler, desto grösser wird dieses Intervall.

Tabelle 33: Werden Sie das Energiegesetz annehmen? (erste Welle, Bericht 10.4.2017)

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	45	54	47
Eher Ja	7	15	15
Eher Nein	7	5	12
Nein	39	22	21
Habe mich noch nicht entschieden	2	4	5
Statistische Unschärfe (\pm)	2	5	10

Weshalb ist das wichtig? Auf Basis obiger Daten lässt sich gut behaupten, dass die Unterstützung in der Deutschschweiz tiefer liegt als in der Westschweiz. Die selbe Aussage über die Unterstützung in der Westschweiz (69%) und der italienischen Schweiz (62%) wäre aber nicht



zulässig. Für die Westschweiz ist die untere Grenze des Konfidenzintervalls bei 64% (die obere bei 74%), während die obere Grenze für die italienische Schweiz bei 72% liegt (und die untere bei 52%). Die beiden Konfidenzintervalle überlappen sich also und es ist daher kein signifikanter Unterschied zwischen der Unterstützung in der Westschweiz und der italienischen Schweiz festzumachen. Anders gesagt: Nichts in den Daten weist darauf hin, dass die Unterstützung in der Westschweiz tatsächlich höher ist als in der italienischen Schweiz.¹ Die angegebenen statistische Unschärfe erlaubt es also zu beurteilen, bei welchen Vergleichen man von Unterschieden in der Unterstützung gesprochen werden kann und welche innerhalb der Unschärfe liegen.

[↗ Zurück zur Zusammenfassung](#)

¹Dies ist eine konservative Annäherung - korrekterweise ist dieser Unterschied dann nicht signifikant, falls die Differenz der beiden Mittelwerte kleiner als 1.96 mal die Quadratwurzel der Summe der quadrierten Stichprobenfehler ist. Die Regel oben ist aber einfach in der Anwendung und konservativ, d.h. man behauptet nie fälschlicherweise, dass ein Unterschied existiert, wenn er nicht signifikant ist.



7 Methodik der offenen *design*-basierten Umfragen

In der Umfrageforschung gibt es zwei verschiedene Arten, wie Teilnehmende zur Befragung gelangen. Als Standard galt lange die Telefonumfrage, die auf der Theorie der Zufallsstichprobe aufbaut. Hier wurde eine sogenannte "repräsentative" Stichprobe von ca. 1'000 Teilnehmenden befragt. Die Analyse dieser Stichprobe war einfach, präzise und robust, solange jede Person dieselbe Wahrscheinlichkeit hatte, per Telefon befragt zu werden. Heute sind jedoch viele Personen kaum mehr telefonisch erreichbar und/oder möchten oft nicht an diesen Umfragen teilnehmen. Dass Personen, die erreichbar sind und an Befragungen teilnehmen, sich systematisch von jenen unterscheiden, die nicht erreichbar sind und nicht teilnehmen, führt zu erheblichen Problemen für die telefonischen Umfragen.

Diese Probleme sind bekannt und es wurden neue Methoden entwickelt, die einen anderen Ansatz verfolgen. Es handelt sich dabei um sogenannte *design*-basierte Umfragen. Der grösste Unterschied zu den Telefonumfragen ist zum einen die Grösse der Stichprobe und zum anderen die eingesetzten statistischen Modellierungsverfahren, welche bei Telefonumfragen nicht zur Anwendung kommen (siehe auch [Tabelle 34](#) für eine Gegenüberstellung der beiden Methoden). Wir haben diesen Ansatz 2014 in der Schweiz eingeführt und dadurch die Qualität der politischen Umfragen der Schweiz nachhaltig verbessert (siehe beispielsweise die damalige Berichterstattung: [NZZ, Die Zeit, Südostschweiz](#)).

Eine weitere Unterscheidung ist, ob Umfragen offen oder geschlossen sind. Bei offenen Umfragen können im Prinzip alle Personen teilnehmen, was bei geschlossenen Befragungen nicht möglich ist – in diesem Falle erfolgt die Teilnahme über eine individuelle Einladung. Wir führen beide Befragungsarten durch, die 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfragen führen wir jedoch offen durch, es können also alle Personen mit einem Internetzugang teilnehmen. Im Folgenden diskutieren wir die Logik der offenen Umfragen und die erforderliche statistische Modellierung für diese Form der Umfragen.

Bei offenen Umfragen nehmen Personen aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich oft teil. Deshalb bedarf es einer komplexen statistischen Modellierung, um mögliche Verzerrungen auszugleichen. Das Augenmerk unserer Ansatzes liegt deshalb weniger auf der Erstellung der Stichprobe, sondern auf der statistischen Modellierung der Rohdaten. Dafür analysieren wir politische, geografische und demografische Informationen in einem mehrstufigen Verfahren. Die theoretische Fundierung der modellbasierten Analyse orientiert sich unter anderem an der aktuellen Forschung zu Mehrebenenmodellen und Poststratifikation.² Unsere statistische Methode wertet in mehreren Schritten Daten über die Zusammensetzungen der Wähler*innenschaft im Vergleich zur Stichprobe aus. Skizzenhaft sieht dieser Prozess folgendermassen aus:

- Im ersten Schritt werden verschiedene Idealtypen definiert, bspw. 18-35 jährige Bernerinnen, die in der Stadt wohnen, einen Lehrabschluss haben und mit der FDP sympathisieren.
- Im zweiten Schritt schätzen wir Bayesianische Mehrebenenmodelle und berechnen für je-

²Lesen Sie dazu auch den folgenden Blogbeitrag [hier](#) oder die aufgelisteten Publikationen am Ende des Berichts.



den möglichen Idealtypen die erwartete Unterstützung.

- Im dritten Schritt berechnen wir die Unterstützung in der gesamten Stimmbevölkerung.

Unser Ansatz basiert auf unserer langjährigen akademischen Forschung, die wir in renommierten Fachzeitschriften publiziert haben (*American Political Science Review*, *American Journal of Political Science* und *Journal of Politics*). Insofern ist die Auswertung der 20-Minuten/Tamedia-Abstimmungs-umfragen ein Spin-off der universitären Forschung von Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen. Die konkrete methodische Durchführung ist komplex, aber die Intuition der Methodik ist einfach: Der Fokus liegt nicht auf der Erstellung der "zufälligen" Stichprobe, sondern in der Auswertung der grossen Onlinestichprobe (in unserem Fall sind dies mehr als 10'000 Befragte).

Die Durchführung der statistischen Modellierung ist mit mehreren Modellierungsentscheidungen verbunden, welche wir permanent überprüfen und hinterfragen. Eine wichtige Annahme unserer Methode ist, dass sich beispielsweise die 18-35 jährigen Bernerinnen, die eine Berufslehre absolviert haben, in der Stadt leben, mit der FDP sympathisieren und an der 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage teilnehmen, nicht systematisch von den 18-35 jährigen Bernerinnen mit denselben Merkmalen unterscheiden, die nicht an der Umfrage teilnehmen.³ Tabelle 34 fasst die wesentlichen Unterschiede in der Methodik von Online- und Telefonumfragen zusammen.

Tabelle 34: Vergleich Online- und Telefonumfragen

	Moderne Umfragen	Traditionelle Umfragen
Fokus	Bereinigung und Modellierung	Erstellung der pseudo-zufälligen Stichprobe
Theorie	Mehrebenenmodelle Poststratifikation	Zufallsstichprobe
Stärken	Funktioniert auch bei hoher non-response	einfach
Schwächen	Komplexe Modellierung notwendig	Zufallsstichproben sind unerreichbares Ideal

8 Wie genau sind Abstimmungsumfragen in der Schweiz?

Die Genauigkeit von Abstimmungsumfragen zu eruieren ist gar nicht so einfach, da sich die Unterstützung von Vorlagen über die Zeit verändert und in den letzten Tagen vor dem Abstimmungssonntag in der Schweiz keine Umfragen mehr publiziert werden. Grundsätzlich sind die etablierten Umfragen in der Schweiz von guter Qualität. Wichtig ist zudem, dass eine Mehrzahl von seriös durchgeführten Umfragen die Qualität insgesamt verbessert und den Informationsstand der Bevölkerung steigert. Elementar ist aus unserer Sicht, dass Umfragen öffentlich publiziert werden und nicht exklusiv einzelnen Interessengruppen für Ihre Kampagnen zur Verfügung stehen. Wenn Umfrageresultate als *res publica* für alle zugänglich, bieten diese eine demokratisch wertvolle

³Bei jungen Leuten ist diese Annahme wohl unproblematisch, nicht aber bei älteren Wähler*innen.



Orientierungshilfe. Trotzdem sollten Umfragen immer mit einer gewissen Vorsicht interpretiert werden.

Gehen wir also zurück zur Frage, wie genau die Umfrageresultate eigentlich sind. Der folgende Vergleich soll es jeder Leser*in erlauben, sich ein eigenes Bild in Bezug auf die Qualität der etablierten Umfragen in der Schweiz zu machen. Hierzu vergleichen wir die Resultate unserer *design*-basierten Methode mit jener der SRG-Trendstudien, welches die andere regelmässige Umfrage im Vorfeld von eidgenössischen Vorlagen ist. Für diesen Vergleich setzen wir die Umfrageresultate dem tatsächlichen Abstimmungsergebnis gegenüber. Dafür werden die letzten publizierten Werte mit dem Abstimmungsergebnis verglichen.⁴ Dieser Vergleich ist unter der Annahme informativ, dass sich die Meinungen in den letzten zwei Wochen vor der Abstimmung nicht mehr (oder nur minim) verändern. Ob dies Annahme in einem konkreten Fall zutrifft ist eine empirische Frage.

Tabelle 36 auf der folgenden Seite weist alle Ja-Stimmenanteile unserer letzten Umfrage (20 Minuten-/Tamedia), der letzten SRG-Trendumfrage und das tatsächliche Ergebnis für alle Abstimmungen seit Februar 2014 aus. Insgesamt zeigen die Resultate, dass es Abweichungen zwischen diesen beiden etablierten Umfragen und den tatsächlichen Abstimmungsergebnissen gibt.⁵ Der Verlauf über mehrere Umfragen ist oft hilfreich für eine genauere Approximation, aber solche Trendanalysen sind auch stark von Annahmen getrieben. Insgesamt unterstreichen diese Erkenntnisse wiederum die Notwendigkeit von mehreren Umfragen. Wir können uns nicht auf eine einzige Umfrage oder einen spezifischen Trend verlassen, sondern sollten alle verfügbaren Informationen interpretieren.

⁴In der Schweiz werden die letzten Werte jeweils zehn Tage vor dem jeweiligen Abstimmungssonntag veröffentlicht.

⁵Die durchschnittliche Abweichung der 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage ist mit 6.26%-Punkte leicht schlechter als jene der SRG Trendumfrage (6.19%-Punkte).



Tabelle 35: Letzte Umfrage und tatsächliches Resultat I

Vorlage	20 Minuten-/Tamedia	SRG Trendumfrage	Abstimmungsergebnis	Näher am
	Ja %	Ja %		Abstimmungsergebnis
Masseneinwanderung	49	43	50	20 Minuten-/Tamedia
FABI	46	56	62	SRG Trendumfrage
Abtreibung	28	36	30	20 Minuten-/Tamedia
Gripen	43	44	47	SRG Trendumfrage
Pädophilen Initiative	66	59	64	20 Minuten-/Tamedia
Mindestlohn	30	30	24	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Med. Grundversorgung	76	71	88	20 Minuten-/Tamedia
Öffentliche KK	48	38	38	SRG Trendumfrage
MWST Gastro	37	41	29	20 Minuten-/Tamedia
Pauschalbesteuerung	44	42	41	SRG Trendumfrage
Ecopop	36	39	26	20 Minuten-/Tamedia
Gold	28	38	23	20 Minuten-/Tamedia
Familieninitiative	39	40	25	20 Minuten-/Tamedia
Energieinitiative	12	19	8	20 Minuten-/Tamedia
Erbschaftsteuer	29	34	29	20 Minuten-/Tamedia
Präimplantationsdiagnostik	56	46	62	20 Minuten-/Tamedia
Radio & TV Gesetz	41	43	50	SRG Trendumfrage
Stipendieninitiative	39	38	28	SRG Trendumfrage
Durchsetzungsinitiative	43	46	41	20 Minuten-/Tamedia
Zweite Gotthardröhre	54	56	57	SRG Trendumfrage
Heiratsstrafe abschaffen	49	53	49	20 Minuten-/Tamedia
Spekulationsstopp	39	31	40	20 Minuten-/Tamedia
Asylgesetz	55	60	67	SRG Trendumfrage
Milchkuh	41	40	29	SRG Trendumfrage
Bedingungsloses Grundeinkommen	37	26	23	SRG Trendumfrage
Pro Service Public	48	40	32	SRG Trendumfrage
FPMG	55	keine Umfrage	62	×
Grüne Wirtschaft	42	51	36	20 Minuten-/Tamedia
AHVplus	49	40	41	SRG Trendumfrage
NDG	58	53	66	20 Minuten-/Tamedia
Atomausstieg	57	48	46	SRG Trendumfrage
Erleichterte Einbürgerung	55	66	60	20 Minuten-/Tamedia
Finanzierung Strassenverkehr	60	62	62	SRG Trendumfrage
USR III	45	45	41	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Energiegesetz	53	56	58	SRG Trendumfrage
Ernährungssicherheit	67	69	79	SRG Trendumfrage
MWST AHV	51	50	50	SRG Trendumfrage
Rentenreform	48	51	47	20 Minuten-/Tamedia
Finanzordnung	71	74	84	SRG Trendumfrage
NoBillag	39	33	28	SRG Trendumfrage
Vollgeld	29	34	24	20 Minuten-/Tamedia
Geldspielgesetz	55	58	73	SRG Trendumfrage
Fair Food	43	53	39	20 Minuten-/Tamedia
Ernährungssouveränität	39	49	32	20 Minuten-/Tamedia
Gegenentwurf Velo	57	69	74	SRG Trendumfrage
Hornkuh-Initiative	45	49	45	20 Minuten-/Tamedia
Selbstbestimmung	40	37	34	SRG Trendumfrage
Versicherungsdetektive	67	59	65	20 Minuten-/Tamedia
Zersiedlungsinitiative	37	47	36	20 Minuten-/Tamedia
AHV-Steuer-Vorlage	61	59	66	20 Minuten-/Tamedia
Änderung Waffengesetz	57	65	64	SRG Trendumfrage
Mietwohnungsinitiative	48	51	43	20 Minuten-/Tamedia
Diskriminierungsverbot	69	65	64	SRG Trendumfrage
Begrenzungsinitiative	33	35	38	SRG Trendumfrage
Jagdgesetz	49	46	48	20 Minuten-/Tamedia
Kindertrittbetr.	51	43	37	SRG Trendumfrage
Vaterschaftsurlaub	70	61	60	SRG Trendumfrage
Kampfjets	65	58	50.1	SRG Trendumfrage
KOVI	51	57	51	20 Minuten-/Tamedia
Verbot Kriegsmat-finanz.	41	50	43	20 Minuten-/Tamedia



Tabelle 36: Letzte Umfrage und tatsächliches Resultat II

Vorlage	20 Minuten-/Tamedia	SRG Trendumfrage	Abstimmungsergebnis	Näher am
	Ja %	Ja %		Abstimmungsergebnis
Burkainitiative	59	49	51	SRG Trendumfrage
E-ID-Gesetz	42	42	36	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Handelsvertrag Indonesien	52	52	52	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Trinkwasser-Initiative	41	44	39	20 Minuten-/Tamedia
Pestizidverbot	42	47	39	20 Minuten-/Tamedia
Covid-19-Gesetz	69	64	60	SRG Trendumfrage
CO2-Gesetz	53	54	48	20 Minuten-/Tamedia
PMT	63	62	57	SRG Trendumfrage
99-Prozent-Vi	34	37	35	20 Minuten-/Tamedia
Ehe für alle	67	63	64	SRG Trendumfrage
Pflegeinitiative	72	67	61	SRG Trendumfrage
Justiz-Initiative	37	41	32	20 Minuten-/Tamedia
Covid-19-Gesetz	68	61	62	SRG Trendumfrage
VI Tierversuchsverbot	18	26	21	20 Minuten-/Tamedia
VI Tabakwerbeverbot	60	63	57	20 Minuten-/Tamedia
Abschaffung Stempelsteuern	35	39	37	SRG Trendumfrage
Medienförderung	42	46	45	SRG Trendumfrage
Filmgesetz	52	56	60	SRG Trendumfrage
Transplantationsgesetz	61	61	60	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Schengen Weiterentwicklung	64	69	71	SRG Trendumfrage
Massentierhaltungsinitiative	39	47	37	20 Minuten-/Tamedia
Zusatzfinanzierung AHV	56	63	55	20 Minuten-/Tamedia
AHV-Bundesgesetz	55	59	51	20 Minuten-/Tamedia
Verrechnungssteuer	40	47	48	SRG Trendumfrage



Konzeption und Durchführung der 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage

Die vorliegende Umfrage wurde von der LeeWas GmbH in Zusammenarbeit mit 20 Minuten-/Tamedia entwickelt und durchgeführt. Die LeeWas GmbH ist auf Umfragen und datengestützte Serviceleistungen spezialisiert.

LeeWas GmbH

LeeWas wurde von Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen als Spinoff ihrer gemeinsamen Forschungstätigkeit gegründet. Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen beschäftigen sich seit Jahren mit den modernsten Methoden der Umfrageforschung und haben dazu auch in führenden wissenschaftlichen Zeitschriften publiziert. www.leewas.ch

Autor*innen

Rahel Freiburghaus arbeitet als Assistentin und Doktorandin an der Universität Bern. Ihre demnächst abgeschlossene Dissertationsschrift verortet sich an der Schnittstelle von Föderalismus- und Interessengruppen- bzw. Lobbyingforschung und untersucht, wie erfolgreich und unter welchen Rahmenbedingungen die Kantone auf die Bundespolitik einwirken. Darüber unterrichtet sie universitäre Lehrveranstaltungen zu Reformbedarf und Reformideen für das politische System der Schweiz.

Lucas Leemann ist ausserordentlicher Professor an der Universität Zürich. Vorher hat er am University College London und an der University of Essex gearbeitet. Er hat seine Doktorarbeit an der Columbia Universität geschrieben und unterrichtet komplexe statistische Anwendungen an verschiedenen Universitäten (University College London, Essex, Zürich, Waseda Tokio, Wien).

Fabio Wasserfallen ist Professor für Europäische Politik und Direktor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Zuvor war er Professor für Vergleichende Politikwissenschaft an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen, assoziierter Professor für Politische Ökonomie an der Universität Salzburg und als Research Fellow für jeweils einjährige Forschungsaufenthalte in Harvard und Princeton.

Thomas Willi hat an der Universität Zürich doktriert und unterrichtet statistische Kurse zu Datenvisualisierung und Modellierungen. Er hat seine Doktorarbeit zur statistischen Modellierung politischer Entscheidungsprozesse von Bürger*innen und zu künstlicher Intelligenz geschrieben.

Jenny Yin hat in Zürich und Beijing Politikwissenschaften studiert mit den Schwerpunkten Datenjournalismus und politische Ökonomie und Philosophie. Zunächst war sie in der Sozial- und Marktforschung tätig und arbeitet heute in einem Teilzeitpensum beim Bundesamt für Statistik und bei LeeWas, wo sie neue Instrumente zur Schätzung und Visualisierung entwickelt.

Rückmeldungen und Verbesserungsvorschläge

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung oder allfällige Verbesserungsvorschläge und Ideen. Senden Sie eine E-mail an info@leewas.ch.